

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/171

7. September 1976

Kohl's kalte Schulter für den Mittelstand

Mainzer CDU-Regierung vernachlässigt Handwerksförderung

Von Wilhelm Dröcher MdL
Bundesschatzmeister der SPD und SPD-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz

Seite 1 und 2 / 45 Zeilen

Biedenkopf sitzt im CDU-Glashaus

Die Verleumdungen des Kohl-Generalsekretärs schlagen zurück

Von Hermann Heinemann
Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 3 und 4 / 64 Zeilen

Die Verhandlungen mit der DDR gehen weiter

Unverständnis für die sture Haltung der Opposition

Seite 5 / 38 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Alle demokratischen Parteien sind für die Freiheit"

Seite 6 und 7 / 106 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 400
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 83
Telex: 09 05 846-48 ppbm d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 370611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Kohle kalte Schulter für den Mittelstand

Mainzer CDU-Regierung vernachlässigt Handwerksförderung

Von Wilhelm Dröschner MdL

Bundesschatzmeister der SPD und SPD-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz

Es ist skandalös: Die CDU/CSU lastet die Konkurse in Handel, Handwerk und Gewerbe der sozialliberalen Koalition an, eingeschlossen die hohe Zahl krimineller Konkursen, die nicht zuletzt auch unseriöser Kaufleute verursacht und damit Tausende von Unschuldigen getroffen haben - die Herstatt-Platte und die Riesenplatte der von Kohle Landesbank geförderten "mehr-Wert-Kette" sind Musterbeispiele, ebenso aber auch die jenes CSU-Freundes in München, der alte Bürger zu Investitionen des "Wetterstein"-Senioren-Projektes verleitet.

Es ist wirklich so: Der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl und seine Partei beklagen den Verdrängungswettbewerb im mittelständischen Einzelhandel, aber die von ihm, Kohl, als Verwaltungsratsvorsitzenden geführte Mainzer Landesbank und ihre Tochter Deutsche Leasing sind an der Jagd auf Einzelhändler über die Förderung von Mammutmärkten stark engagiert beteiligt.

Auch an anderen konkreten Nachweisen läßt sich ablesen, daß die CDU im allgemeinen und Kohl im besonderen häufig das Gegenteil von dem tun, was sie offiziell verkünden. Es ist unglaublich: In jenem Land, das Dr. Kohl als Ministerpräsident zu führen hätte, wenn er sich noch die Zeit nehmen könnte, die sein Amt in Mainz eigent-

lich von ihm verlangt, schneidet die Gewerbeförderung zugunsten der mittelständischen Betriebe am weitaus schlechtesten ab im Bundesvergleich aller Flächenländer. Schon 1974 lag Rheinland-Pfalz mit einer Gewerbeförderung von nur 70 DM je Handwerksbetrieb an zweitletzter Stelle unter den Flächenstaaten, unmittelbar vor Baden-Württemberg mit nur 60 DM. Während jedoch Stuttgart die Leistungen 1975 von 60 DM auf 110 DM je Handwerksbetrieb steigerte, wurden in dem von der Kohl-CDU regierten Rheinland-Pfalz die Gewerbefördermittel auf 60 DM zurückgeschraubt, nämlich von 1,3 Millionen auf 848.000 DM.

Deutlicher als durch die Praxis können Kohl und seine CDU eigentlich im mittelstandspolitischen Bereich nicht entlarvt werden. Übrigens: Der Bund hat Handwerk und Gewerbe in Rheinland-Pfalz in 1974 und 1975 mit jeweils rund 1,3 Millionen DM gefördert, also 1975 trotz der großen Haushaltschwierigkeiten seine Leistungen - im Gegensatz zu Kohl - nicht vermindert. Im Zweifel machte und macht es Kohl aber wie in der Vergangenheit beim Autobahn- und Bundesfernstraßenbau: Er gibt die Leistungen des Bundes einfach als eigene Leistungen aus und macht für jedes eigene Versagen - wie etwa bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit - die sozialliberale Bundesregierung verantwortlich.

Eine Frage bliebe vielleicht noch: Was eigentlich der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schnitker, zu den Landeszahlen aus Rheinland-Pfalz zu sagen hat, die er doch im "Bericht über Gewerbeförderungsmaßnahmen des Bundes für das Handwerk in den Jahren 1974 und 1975" lesen - und dann kommentieren könnte.

(-/7.9.1976/bgy/e/pr)

+ + +

des Verdienst am Wiederaufbau und an der Leistungsfähigkeit des Industriereviere hat. Er beleidigt damit auch seine eigenen Parteifreunde, die entsprechend ihrer Wahlergebnisse auf allen Ebenen in politischen Funktionen und kommunalen Wirtschaftsunternehmen zu finden sind. Dies trifft besonders dort zu, wo Sozialdemokraten die Mehrheiten stellen.

Wer "verfilzt" ist und wie der "frische Wind" der CDU/CSU aussehen soll, das zeigt die "Ämterpatronage" in den Landesteilen, in denen die Union die Vorherrschaft hat. Eine vergleichende Darstellung in der Verteilung von Ämtern hat beispielsweise für die Bereiche der Regierungsbezirke Arnsberg und Münster folgende Zahlen zu Tage gefördert:

In den vier CDU-regierten Kreisen Sorken, Coesfeld, Warendorf und Olpe mit insgesamt 48 Städten und Gemeinden werden von insgesamt 52 Bürgermeistern 51 von der CDU gestellt, lediglich einer von der SPD. Von insgesamt 473 Ausschußvorsitzenden stellt die CDU 148, die SPD 47. Bei den Wirtschaftsunternehmen sind sämtliche Leiter Mitglieder der CDU. Stellt man diesen vier Landkreisen die fünf von Sozialdemokraten regierten Städte Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund, Hagen und Herne gegenüber, so ergibt sich folgende Verteilung: Bei insgesamt neun Bürgermeistern werden sechs von der SPD, zwei von der CDU und einer von der FDP gestellt. Von insgesamt 74 Ausschußvorsitzenden gehören 25 der CDU, einer der FDP an, von insgesamt 33 infrage kommenden Wirtschaftsunternehmen werden 18 von Sozialdemokraten, vier von CDU-Mitgliedern und elf von Parteilosen geleitet. Da kann man nur sagen: "Wer selbst in einem solchen Gleehaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!"

Offensichtlich hat Prof. Biedenkopf sich eine verfärbte Brille aufgesetzt, die es ihm unmöglich macht, die politischen Realitäten sowie Land und Leute zwischen Rhein und Ruhr so zu sehen, wie sie wirklich sind. Solange er nicht in der Lage ist, derartige Behauptungen nicht bloß mit Allgemeinplätzen, sondern mit Fakten zu belegen, sollte er lieber schweigen und sich damit befassen, in seinem eigenen Laden Ordnung zu halten. Wenn er sich selbst zum "Anwalt des Reviers" ernannt, meint er offensichtlich damit die Chefetagen, aber wohl kaum das, was das Revier in seiner Gesamtheit ausmacht: nämlich Menschen, die für Zuverlässigkeit und Leistungen einen klaren Blick haben, den auch christdemokratische Show nicht trüben kann.

Angst und Panikmache sind schon immer ein schlechter Wahlhelfer gewesen. Der 3. Oktober wird es deutlich machen. (-/7.9.1976/vd/pr)

Die Verhandlungen mit der DDR gehen weiter

Unverständnis für die sture Haltung der Opposition

Wenn es das übergeordnete Ziel auch für die beiden Unions-Parteien ist, daß Frieden und Entspannung gesichert und gekräftigt werden und die deutsch- und berlinpolitischen Probleme dabei eng verzahnt eingeschlossen bleiben, dann ist die schroffe Reaktion aus dem CDU- und CSU-Lager - und nicht bloß der Unions-Heißsporne - auf die jetzt erneut deutlich gewordene Bereitschaft der UdSSR und DDR zu normalisierungsfördernden Gesprächen und Verhandlungen nicht mehr zu verstehen. Es bleibt dabei außerhalb jeder Diskussion, daß die Ostberliner SED-Regierung es der Bundesrepublik und den westlichen Vertragsmächten mehr als schwer macht, eine rationell nachvollziehbare Linie in der DDR-Politik zu erkennen. Die jüngsten Äußerungen des SED-Sekretäre Erich Honecker und des Bonner Sowjet-Botschafters Valentin Falin stehen mit ihrem Bemühen, die Türen zwischen den beiden deutschen Staaten nicht nur offenzuhalten, sondern noch weiter zu öffnen, gewiß in einem pittoresken Gegensatz zu der übertriebenen Aufgeregtheit, mit der SED-Politiker und SED-Zeitungen, aber auch Moskauer Medien in den letzten Wochen die Bundesrepublik attackiert haben.

Man wird also auch künftig mit drängender Vorsicht an die Behandlung und Lösung der deutsch-deutschen Probleme heranzugehen und dabei in jedem einzelnen Falle, der dazu den Anlaß und die Möglichkeit gibt, die DDR und ihre Exponenten beim Wort zu nehmen und an die gerade auch für sie geltenden Regeln des Vier-Mächte-Abkommens und der Sonn-Ostberliner Vereinbarungen zu binden haben. Nachdem man nun jahrzehntelang Gelegenheit gehabt hat, sich an diese Art von Doppelstrategie der DDR und auch der UdSSR zu gewöhnen, wird man nun doch wohl endlich in der Lage sein, damit zu leben und seine Politik in Strategie und Taktik danach auszurichten.

Das erfordert einen kühlen Kopf, strapazierfähige Nerven und ein allein schon von der Sache her gebotenes Durchstehvermögen, um zu jedem Zeitpunkt das Interesse der deutschen Menschen zu wahren, das zu der Hauptverantwortung einer jeden deutschen Regierung in Bonn gehört. Allein in diesem Rahmen und unter diesen Bedingungen kann man die jetzt wieder anlaufenden Verhandlungen mit der DDR durchführen, um so das zur gegebenen Zeit und Lage jeweils Bestmögliche zu erreichen. Die unverändert in Skepsis, Mißtrauen und Ablehnung verankerte und erstarrte Haltung der CDU/CSU ist dabei nicht nur nicht hilfreich, sie muß schädlich sein und, sollte sie jemals Teil einer Regierungspolitik sein, die in unermüdlicher und zäher Arbeit erreichten Pluspositionen im deutsch-deutschen und im europäischen Bereich gefährden.
(e/7.9.1976/hgy/ee)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Alle demokratischen Parteien sind für die Freiheit"

Wir dokumentieren das Interview, das der Deutschlandfunk am 6. September 1976 ab 7 Uhr 18 mit dem Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Dr. Josef Homeyer, geführt hat.

Frage: Noch knapp vier Wochen bis zur Bundestagswahl. Seitens der katholischen Bischöfe hat es vor einigen Monaten eine grundsätzliche Überlegung, Erklärung zur Bundestagswahl gegeben. Wird es darüber hinaus vor dem 3. Oktober zu einer Wahlstellungnahme in Form von Hirtenbriefen kommen?

Prälat Dr. Homeyer: Es wird sicherlich nicht zu einem Hirtenbrief kommen. Dabei kann ich nicht ausschließen, daß ein kurzer Aufruf zur Ausübung des Wahlrechtes und der Wahlpflicht kommen wird, aber einen Hirtenwahlbrief, oder wie man das nennen will, wird es wohl nicht geben.

Frage: Genügt es, wenn die Kirche nur zum Wählen auffordert, wie Sie jetzt angedeutet haben, und vielleicht ganz allgemein an die Position der Kirche zu bestimmten Grundfragen erinnert? Muß es nicht doch etwas mehr sein, um der Klarheit willen?

Prälat Dr. Homeyer: Na also, ich glaube, wir dürfen schon auf die Mündigkeit sowohl der Christen als auch der Bürger vertrauen, daß Sie sich sehr wohl ihre eigene Meinung zu bilden vermögen und die doch tatsächlich bilden. Die Kirche hat ihre Sorgen über die Entwicklung in dieser Gesellschaft verschiedentlich kundgetan, zuletzt im Mai durch die Erklärung "Gesellschaftliche Grundwerte und menschliches Glück", und dies ist selbstverständlich auch eine Orientierungsmarke, an denen die Glieder der Kirche und die Bürger dieser Gesellschaft die Meinung der Bischöfe zur Entwicklung dieser Gesellschaft erkennen können. Aber die konkrete Entscheidung, die daraus sich ergebenden Folgerungen, die sollte man ja tunlichst dem einzelnen überlassen, der sicherlich weiß, was er zu wählen hat.

Frage: Wäre eine klare Aussage zugunsten einer Partei, eben aufgrund der größeren Nähe zu diesen Grundwerten, die Sie angesprochen haben, nicht hilfreicher für die Gläubigen und vielleicht verständlicher und auch insgesamt ehrlicher?

Prälat Dr. Homeyer: Nein, das würde ich nicht. Sie wissen, daß gerade im 11. Vatikanum die Meinungsfreiheit und die Zuständigkeit der Laien in den einzelnen Sachbereichen, auch im politischen Bereich, sehr deutlich formuliert worden ist, und es wäre in der Tat unehrlich, wollte die Bischofskonferenz, wollten die Bischöfe den einzelnen Gläubigen die Entscheidung abnehmen. Das geht nicht an.

Frage: Aber Sie geben ihm Orientierungspunkte, nach denen er seine Entscheidung richten kann. Und da möchte ich erinnern an ein Zitat des Limburger Weihbischofs Kempe. Im April dieses Jahres hat er gesagt, es gebe ein bestimmtes Unbehagen in der Kirche an der politischen Situation in der Bundesrepublik. Konkret meinte er damit Reformen wie die der Abtreibung und der Scheidung. Zwingt das eben nicht doch dazu, eine Aussage der Parteien zu formulieren, die wie CDU/CSU dagegen politisch gekämpft haben?

Prälat Dr. Homeyer: Ich bin etwas überrascht, wie sehr Sie, nach meiner Überzeugung, die Meinung, den Entscheidungsprozeß des einzelnen unterschätzen. Ich halte es in der Tat nicht für tunlich, daß die Kirche hingehet und dem einzelnen derart konkrete Entscheidungen abnimmt. Ich halte es aber wohl für die Pflicht der Kirche, daß sie auf Entwicklungen in unserer Gesellschaft, so wie sie es getan hat, sehr deutlich aufmerksam macht. Aber sie muß es dann dem einzelnen schon überlassen, wo er die unterschiedliche Nähe der Parteien zu den Aufgaben dieser Gesellschaft sieht, erkennt und danach entscheidet.

Frage: Also sind alle Parteien gleich wählbar für die gläubigen Katholiken?

Prälat Dr. Homeyer: Ja, ich würde das eindeutig sagen. Jene, die eindeutig auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, sind im Prinzip wählbar, und da es eben mehrere sind, muß die Entscheidung des einzelnen gefällt werden, denn das ist ja nun gerade der Sinn der Wahl. Und da wird er selbst wahrscheinlich feststellen, welche Meinung, Einstellung die verschiedenen Parteien zu den Fragen haben, die dem einzelnen als grundlegend und entscheidend vor-schweben.

Frage: Aber muß die Katholische Kirche aufgrund des Dissenses in bestimmten gesellschaftspolitischen Grundfragen nicht doch eine Abwahl der SPD/FDP-Regierung wünschen, auch wenn sie das nicht direkt den Gläubigen empfiehlt?

Prälat Dr. Homeyer: Nein. Was die Kirche wünschen muß ist, daß alle Parteien, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen wollen und sicherlich auch grundsätzlichen stehen, sich an diesem Grundgesetz orientieren. Das ist ihre entscheidende Sorge. Sie will nicht eine präferentive Partei, sondern sie will, daß alle Parteien in dieser Gesellschaft sich zu dem Grundwertgefüge stellen, das unserer Gesellschaft, unserem Grundgesetz zugrunde liegt. Das ist ihre Sorge.

Frage: Oder sagen wir mal doch nicht so sehr dem Grundgesetz, sondern dem Grundgesetz, wie es die Katholische Kirche interpretiert, denn das tun ja die SPD/FDP-Parteien nicht, daß sie sich an den Grundwerten der Katholischen Kirche orientieren in diesen Fragen, die wir eben angesprochen haben.

Prälat Dr. Homeyer: Ja, und in den Fragen, die wir eben angesprochen haben, vertritt die Katholische Kirche nicht ein Sondergut, nicht eine Sondermeinung, sondern sie ist der Überzeugung, dort das Grundwertgefüge zu vertreten, das unserer Gesellschaft zugrunde liegt. Es kann selbstverständlich auch irri-ge Interpretationen des Grundgesetzes geben, das haben ja die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes auch in der Frage der Abtreibung, die sie ansprechen, deutlich gezeigt. Und darauf hat die Kirche sehr ausführlich vorher hingewiesen. Das ist Aufgabe der Kirche, alle Parteien daran zu erinnern, dies ist das Grundwertgefüge, das nicht willkürlich ist, das nicht einer Gruppe, auch nicht der Kirche in besonderer Weise am Herzen liegt und nur von hierher zu verstehen ist, sondern dies ist das Grundwertgefüge, auf dem unsere Gesellschaft in den letzten drei Jahrzehnten aufgebaut worden ist. Und die Kirche sieht es wohl als Glied dieser Gesellschaft als ihre Pflicht an, an den Grundkonsens, an die Grundüberzeugungen, die unsere Gesellschaft ausmachen, zu erinnern und alle Parteien darauf zu verpflichten, sich an diesen zugrundeliegenden Wertvorstellungen zu orientieren.

Frage: Evangelische Geistliche haben im Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg gemahnt, den Gegner nicht zu verteufeln, nicht in die Nähe der Feinde der Freiheit zu rücken. Sehen Sie für solch einen Schritt auch eine Notwendigkeit?

Prälat Dr. Homeyer: Ich glaube, daß es zu jeder Zeit notwendig ist, festzuhalten, daß selbst in heißen Wahlkampfzeiten eine Verteufelung des anderen unmöglich ist. Da würde die Katholische Kirche ganz entschieden mit der Evangelischen Kirche übereinstimmen.

Frage: Sie sehen aber noch keinen Anlaß da im Augenblick?

Prälat Dr. Homeyer: So genau übersehe ich die Landschaft nicht. Ich würde sagen, da ist zu jeder Zeit Anlaß, darauf aufmerksam zu machen, daß eine Verteufelung des anderen unmöglich ist. Zu jeder Zeit, sicherlich auch heute.

Frage: Geht es denn Ihrer Meinung nach bei dieser Wahl um Verlust oder Erhalt der Freiheit?

Prälat Dr. Homeyer: Dann, meine ich, muß man sich schon etwas ausführlicher unterhalten, was Verlust oder Freiheit angeht. Ich glaube, daß die auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden Parteien alle den Erhalt der Freiheit anstreben. Nur muß man eben dann konkreter fragen, was man unter dieser Freiheit versteht. Insofern kann man, meine ich, Ihre Frage nicht mit Ja oder Nein beantworten.

(-/7.9.1976/va/pr)